

**Fraktionsantrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: **06.12.2016**  
Antragsnr.: **179/2016**  
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**  
Zust. Referat: **VI/61**  
mit Referat:

**erlanger linke**  
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 5.12.2016

**Änderungsanträge UVPA 6.12.TOP 17 – Nachverdichtung Isarstraße**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Wir stellen folgende Änderungsanträge, die wir einzeln abzustimmen bitten:

1. Die Wettbewerbsergebnisse werden nicht nur vom 29.11. bis 02.12, sondern für mindestens einen Monat ausgehängt.
2. Es wird kein Beschluss gefasst, der Antrag wird nur eingebracht.  
2a. Wenn 2. abgelehnt wird: Es wird kein Beschluss, sondern nur ein Gutachten gefasst, Vertagung des Beschlusses in den Stadtrat.
3. Es wird kein beschleunigtes Bebauungsplanverfahren durchgeführt.  
3a. Wenn 3. abgelehnt wird: Es wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Begründung:

Bevor die Ausstellung eines Bebauungsplans über eine solch massive Nachverdichtung mit bis zu 17-stöckigen Häusern beschlossen wird, sollte man die Nachbarn besser informieren, als mit einem viertägigen Aushang der Pläne. Die Bürgerbeteiligung sollte nicht durch die Beschleunigung des Bebauungsplanverfahrens eingeschränkt werden.

Wir erwarten auch, dass vorher der Mietergemeinschaft der GBW-MieterInnen die Gelegenheit zur Stellungnahme nach Diskussion mit den Betroffenen gegeben wird.

Zum Plan selbst:

Wir halten eine solch intensive Verdichtung an dieser Stelle für nicht mehr sozial verträglich, denkbar wäre vielleicht ein Drittel. Das Gebiet ist bereits jetzt nicht dünn besiedelt - die AnwohnerInnen werden übermäßig belastet. Die BewohnerInnen der Hochhäuser wurden bisher für die Lage an der Autobahn ein bisschen mit großen Grünflächen entschädigt. Ersetzt man die Parkplätze durch Parkhäuser, sollten die freigewordenen Flächen überwiegend als zusätzliche Grünflächen genutzt werden, sonst wird die bereits eingeschränkte Wohnqualität für die BewohnerInnen weiter verschlechtert. Insbesondere der Abstand des neuen 17-stöckigen Hochhauses „C“ zu zwei bestehenden Hochhäusern ist deutlich geringer, als der Abstand der bestehenden Hochhäuser untereinander.

Die Vorstellung, dass man keine Umweltprüfung braucht, weil das Gebiet so nahe an der Autobahn liegt, ist umweltfachlich falsch. Wir verstehen auch nicht, warum in der Vorlage ausgerechnet aus der Lage an der Autobahn die Möglichkeit zur Nachverdichtung abgeleitet wird. Mit solchen Begründungen weckt man Politikverdrossenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann  
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn  
(Stadtrat)